

Schriftlicher Bericht
des Verkehrsausschusses
(20. Ausschuß)
zu dem Antrag der Abgeordneten Rollmann, Wendelborn und
Genossen
— Drucksache V/3818 —

betr. **Verkehrsverbindungen zwischen Hamburg und dem Ost-**
seeraum

A. Bericht des Abgeordneten Schmidt (Braunschweig)

Der Antrag der Abgeordneten Rollmann, Wendelborn und Genossen betr. Verkehrsverbindungen zwischen Hamburg und dem Ostseeraum wurde dem Verkehrsausschuß in der 227. Sitzung vom 23. April 1969 überwiesen. Der Verkehrsausschuß beriet den Antrag in seiner Sitzung vom 3. Juni 1969 eingehend.

Der Ausschuß war der Auffassung, daß die derzeitigen Verkehrsverhältnisse zwischen Hamburg und der Ostseeküste nicht tragbar sind. Die durchschnittliche Verkehrsdichte — insbesondere während der Saisonzeiten in den Ostseebadeorten — bedingt geringe Durchschnittsgeschwindigkeiten. Neben der Bundesautobahn, die nicht direkt bis zur Küste führt, ist auch die B 75 vollständig ausgelastet. Das Nebenstraßennetz ist zur Aufnahme des die Kapazität der Bundesfernstraßen übersteigenden Verkehrs meist nicht geeignet. Durch die Baustellen und die angeordneten Geschwindigkeitsbegrenzungen, die teilweise nicht befolgt werden, erhöht sich die Zahl der Unfälle.

Der Ausschuß anerkannte die Bemühungen des Bundesministers für Verkehr, die verkehrliche Sa-

nierung des Gebietes voranzutreiben, insbesondere durch den sechsspurigen Ausbau der Bundesautobahn zwischen Hamburg und Lübeck bis zum Jahre 1975 und die Untersuchungen zur Vorbereitung des II. Ausbauplans. Er war jedoch der Auffassung, daß diese Planungen um Jahre zu spät eingesetzt hätten, so daß Sofortmaßnahmen erforderlich sind, um den Verkehr zu verflüssigen. Dafür sprechen die saisonalen Verkehrsströme zum Urlaubsgebiet an der Ostseeküste und auch die Entwicklung des Containerumschlags in Travemünde. Dies erfordert voraussichtlich auch eine Verlängerung der Streckenführung der Bundesautobahn von Lübeck-Siems um ca. 9 km bis zur Ostseeküste.

Der Antrag wurde daher um diesen Punkt erweitert.

Es erschien dem Ausschuß weiterhin notwendig, daß die Sofortmaßnahmen wegen der überlasteten Bundesfernstraßen von der Bundesregierung im Benehmen mit den beteiligten Ländern und Kreisen geprüft werden.

Bonn, den 3. Juni 1969

Schmidt (Braunschweig)
Berichterstatte

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Bundestag über die Verkehrsströme im Straßenverkehr zwischen Hamburg und der deutschen Ostseeküste und die getroffenen oder vorgesehenen Maßnahmen zur Bewältigung dieser Verkehrsströme alsbald zu berichten. Dieser Bericht soll folgende Gesichtspunkte besonders berücksichtigen:

1. An welchen Stellen des Straßennetzes zwischen Hamburg und der Ostsee bestehen besondere Engpässe, an denen es zu erheblichen Verkehrsstauungen und zu Beeinträchtigungen des Verkehrsflusses kommt?
2. Wo kann es durch Ausbaumaßnahmen und/oder Improvisationen zu einer Beschleunigung des Verkehrsflusses kommen?
3. Können die positiven Erfahrungen der Verkehrlenkung auf der Autobahn München-Salzburg auch auf die Autobahn Hamburg-Lübeck angewandt werden?
4. Welche Bundes- und Landesstraßen sind durch einfachen Ausbau in der Lage, zusätzlichen Verkehr zwischen Hamburg und dem Ostseeraum aufzunehmen?
5. Welche Möglichkeiten bestehen, für Straßenverkehrsbehörden und Automobilklubs etc., den Autofahrern die Annahme von Nebenstraßen zu empfehlen?
6. Welche zeitlichen Vorstellungen hat die Bundesregierung für die notwendig werdenden Straßenbaumaßnahmen, insbesondere auch für den sechsspurigen Ausbau und die Verlängerung der Autobahn Hamburg-Lübeck, die als Hauptverkehrsader eines integrierten, leistungsfähigen Straßennetzes zwischen Hamburg und dem Ostseeraum angesehen werden muß?
7. Wie steht die Bundesregierung zur Frage der Verlängerung der Autobahn von Lübeck-Siems bis zur Ostseeküste?

Bonn, den 3. Juni 1969

Der Verkehrsausschuß

Meister

Schmidt (Braunschweig)

Amtierender Vorsitzender

Berichterstatter